



Sozialausschuss
Die Vorsitzende

Kiel, 21. August 2026
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1142
(0431) 988 1171
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 119. Sitzung des **Sozialausschusses**

am Donnerstag, dem 20. August 2026, 14 Uhr
in Raum 122 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. Bericht der Landesregierung über die Weiterentwicklung des Kita-Portals u. a. im Hinblick auf eine landesweite Bedarfsübersicht und die Erfassung der Verlässlichkeit/Schließung von Kita-Gruppen

Antrag der Abgeordneten Sophia Schiebe (SPD)

Umdruck [20/6801](#)

Auf Antrag der Abgeordneten Schiebe, Umdruck [20/6801](#), nimmt der Sozialausschuss einen Bericht von Staatssekretär Albig über die Weiterentwicklung des Kita-Portals entgegen. Es schließt sich eine Aussprache an.

2. Umsetzung der Krankenhausstrukturreform in Schleswig-Holstein

Ministerin Dr. von der Decken berichtet dem Ausschuss zur Umsetzung der Krankenhausstrukturreform in Schleswig-Holstein und sagt zu, dem Ausschuss ihren Sprechzettel zur Verfügung zu stellen (Umdruck [20/6912](#)). Es schließt sich eine Aussprache an.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Krankenhausversorgung und Änderungen des Krebsregistergesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache [20/4697](#)

(im Wege der Selbstbefassung gemäß § 14 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtags)

Der Ausschuss kommt überein, zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung eine mündliche Anhörung durchzuführen und terminiert diese auf Montag, den 5. Oktober 2026. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zum 27. August 2026 gegenüber dem Ausschussgeschäftsführer zu benennen.

4. Erfahrungsbericht zur Umsetzung der Reduzierung der Wochenarbeitszeit beim UKSH von 42 auf 40 Stunden

mündlicher Antrag des Abg. Dr. Heiner Garg (FDP)

Der Ausschuss lässt sich auf Antrag des Abgeordneten Dr. Garg von Staatssekretär Wendt und Vertretern des UKSH zu Erfahrungen der Umsetzung der Reduzierung der Wochenarbeitszeit beim UKSH von 42 auf 40 Stunden berichten, der von einer Präsentation begleitet wird (siehe Umdruck [20/6918](#)). Der Ausschuss kommt überein, das Thema erneut im März 2027 auf die Tagesordnung zu nehmen.

5. Bericht zu Essstörungen in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

Drucksache [20/4037](#)

(überwiesen am 26. Februar 2026 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke [20/6442](#), [20/6667](#), [20/6731](#), [20/6746](#), [20/6748](#)

Den Bericht der Landesregierung zu Essstörungen in Schleswig-Holstein, Drucksache [20/4037](#), nimmt der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

6. Ambulante medizinische Versorgung in Schleswig-Holstein für die Zukunft sichern

Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und SSW

Drucksache [20/3438](#) (neu) – 2. Fassung

(überwiesen am 26. September 2025)

hierzu: Umdrucke [20/5688](#), [20/5699](#), [20/5760](#), [20/5797](#), [20/5850](#), [20/5873](#), [20/5874](#), [20/5875](#), [20/5876](#), [20/5885](#), [20/5887](#), [20/5888](#), [20/5897](#), [20/5898](#), [20/5902](#), [20/5916](#), [20/5921](#), [20/5954](#), [20/6025](#), [20/6440](#), [20/6868](#)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und SSW, den Antrag der Oppositionsfraktionen mit dem Titel „Ambulante medizinische Versorgung in Schleswig-Holstein für die Zukunft sichern“, Drucksache [20/3438](#) (neu) – 2. Fassung, zur Ablehnung.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache [20/3693](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache [20/3820](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Umdruck [20/6889](#)

(überwiesen am 19. November 2025)

hierzu: Umdrucke [20/5743](#), [20/5813](#), [20/5851](#), [20/5879](#), [20/5880](#), [20/5894](#),
[20/5917](#), [20/5925](#), [20/6027](#), [20/6028](#), [20/6029](#), [20/6054](#),
[20/6057](#), [20/6067](#), [20/6070](#)

Nachdem der Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache [20/3820](#), mit Zustimmung des Antragstellers für erledigt erklärt wurde, nimmt der Ausschuss den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Umdruck [20/6889](#), einstimmig an.

Den entsprechend geänderten Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens, Drucksache [20/3693](#) (neu), empfiehlt der Ausschuss dem Landtag einstimmig zur Annahme.

8. Versorgungssituation von Menschen mit Post-COVID und ME/CFS nachhaltig verbessern

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache [20/4387](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, FDP und SSW
Drucksache [20/4430](#)

(überwiesen am 8. Mai 2026)

– Verfahrensfragen –

Zum Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagt die Landesregierung zu, von Abgeordneter Pauls in der Sitzung aufgeworfene Fragen zu beantworten. Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt nach Vorliegen der Antworten erneut zu beraten und dazu auch den Verein für Betroffene von Post-COVID und ME/CFS einzuladen.

9. Information/Kenntnisnahme

Umdruck [20/6723](#) – Beantwortung von Fragen durch das Ministerium für Justiz und Gesundheit aus der Sitzung des Sozialausschusses am 28.05.2026 zum Thema Stärkung der Resilienz des Gesundheitswesens (zu Umdruck [20/6555](#))

Der Ausschuss nimmt den Umdruck zur Kenntnis.

10. Verschiedenes

Der Ausschuss kommt überein, als Frist für die Benennung von Anzuhörenden zum Landesantidiskriminierungsgesetz (Drucksache [20/4529](#)), den 27. August 2026 festzulegen und gegebenenfalls den Kreis der Anzuhörenden nach Vorliegen der Benennungen anzupassen.

Er verständigt sich darüber hinaus darauf, am Rande der Plenartagung im August den Kreis der Anzuhörenden für die für den 29. Oktober 2026 terminierte Anhörung zur Eingliederungshilfe ebenfalls endgültig festzulegen.

Schluss: 16:45 Uhr

gez. Thomas Wagner